

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie
Betuwe – so nicht! sondern besser!

Offener Brief – Per Telefax 0211 / 837-1150

9. Februar 2016

Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Ausbau der Eisenbahnstrecke Grenze D/NL–Emmerich–Oberhausen
Planfeststellungsverfahren nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG)
für die ABS 46/2 -

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft,

Wir, die Bürgerinitiativen vom Niederrhein, wenden uns hiermit an Sie, da es uns seit Jahren nicht gelingt, mit Unterstützung der Verkehrs- und Innenministerien des Landes in einen positiven Dialog für die Interessen der Bürger am Niederrhein einzutreten. Mit der lokalen Landes- und Bundespolitik und den Kommunen sind wir in der Sache völlig einig. Worum geht es?

Nicht um die Ablehnung einer Ausbaustrecke, sondern um die umwelt- und menschengerechte Ausführung dieses Bauvorhabens, der demnächst meist befahrenen Güterzugstrecke Europas, die Fortsetzung der niederländischen BETUWE-Linie auf deutschem Gebiet!

Wie dies zu erreichen ist, hat uns gerade das Land Baden-Württemberg vorgemacht. Hier hat eine einmalige und hartnäckige Gemeinschaftsaktion von Kommunen, Landräten, Bundespolitik aus der Region und Landesregierung dazu geführt, dass die Fortsetzung der Strecke Rotterdam – Genua, die übrigens durch ganz NRW führt, in einer der heutigen Technik und den Anforderungen der Kommunen und der Anliegerinteressen entsprechenden Form ausgeführt wird. Hier in NRW sind wir leider von einer entsprechenden Aktion noch weit entfernt. Das liegt u.a. daran, dass die o.g. Ministerien bis dato keine Initiativen ergriffen haben, um nicht nur für uns am Niederrhein, sondern auch im weiteren Verlauf Richtung Süden eine umweltverträgliche Ausführung der Strecke zu erreichen.

Wir haben von Anfang an betont, nicht gegen den Ausbau dieser Linie zu sein, und haben die Verantwortlichen aufgefordert, die Strecke in Sachen Schallschutz und Sicherheit in Übereinstimmung mit heutiger Technik umwelt- und anwohnerfreundlich zu gestalten. Wir sind damit keineswegs wirtschaftsfeindlich, sondern setzen uns wie in Süddeutschland für einen nachhaltigen Ausbau ein.

Diese Güterzugstrecke führt durch 3 weitere Bundesländer bis in die Schweiz. Während in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sich die verantwortlichen Landesminister in eine Front mit den betroffenen Bürgern und Kommunen stellen und durch gemeinsames Vorgehen etliches Positives für Ihre Einwohner erreicht haben, haben wir in NRW bisher nichts erreicht.

Es geht um den Schallschutz, der auch nach Ansicht des Bundestages sinnvoll ist und wofür der sogenannte Schienenbonus ab 2015 abgeschafft wurde. Dies hat die Deutsche Bahn dazu gebracht, das letzte Planfeststellungsverfahren für unseren Bereich noch bis Ende Dezember 2014 durchzuzupfeilsen, um hier (auf Kosten der Anwohner natürlich!) kostengünstig zu bauen. In BW wird diese Regelung aufgrund von Sondervereinbarungen mit dem Bund außer Kraft gesetzt und die Bürger damit besser gestellt. Eine Summe von 1,5 Mrd. € wurde extra für diese Sondermaßnahmen zur Verfügung gestellt – für einen 7 km langen Tunnel in Offenburg (ca. 60.000 Einwohner!) - das ist für uns in Ordnung; aber wir am Niederrhein reden bei 73 km Strecke für knapp eine halbe Million Anwohner von „nur“ 200 Mio. € an Mehrkosten (Gesamtkosten 1,7 Mrd. €). Es ist keinem Anwohner zu erklären, warum auf einer Bahnstrecke von Emmerich bis Freiburg – je nach Aktivität der Landesregierung – keine gleichen Bedingungen herrschen sollen.

Weiterhin ist ein unendliches Thema die Betriebssicherheit der Strecke. Nach einem neuen niederländischen Gesetz wird die dortige Bahn alles, was Gefahrgut ist, auf diese Strecke setzen; das werden etwa 50% des Gesamtverkehrs sein. Auch wir sind der Meinung, dass der Schienenverkehr neben dem Schifffahrtsweg wohl der sicherste Weg für diese Güter ist. Wir haben deswegen mit allen lokalen Feuerwehren ein Konzept erarbeitet, wie man am besten damit umgeht. Leider wurden so gut wie alle Vorschläge bisher von Bahn, Eisenbahn-Bundesamt und Bundesverkehrsministerium abgelehnt. Wer übernimmt eigentlich die Verantwortung, falls doch mal etwas passieren sollte, was wir natürlich nicht hoffen? Wir haben in dieser Angelegenheit Ihr Innenministerium, Herrn Minister Jäger, um Unterstützung gebeten. Dieser Minister ist u.E. nach immer noch oberster Verantwortlicher für die Sicherheit im Land. Leider wird auch nach mehrfachen Kontaktaufnahmen aus diesem Ministerium nur abgewiegelt – es gibt keinerlei konstruktiven Beitrag. Es wird nicht nur ständig mitgeteilt, man könne nichts machen und es handele sich um ein lokales Problem, die komplette Verantwortung wird sogar den Kommunen zugeschoben – und dies bei oben beschriebener Sachlage. Nicht nur, dass deren finanzielle Möglichkeiten überschritten werden, auch das Verursacherprinzip wird völlig ausgeblendet.

Da beide Ministerien uns nicht helfen können oder wollen, wenden wir uns hiermit an Sie. Als Alleinstellungsmerkmal für BW wird uns vorgehalten, dass dieses Bundesland sich mit ca. 280 Mio. € an der Strecke beteiligt. Auch NRW bezahlt diese Bahnlinie mit einem 36%-Anteil von nahezu 500 Mio. € mit und nimmt nicht mal Einfluss auf die natürlichsten Sorgen der Anlieger. Das können wir so nicht akzeptieren. Gern sind wir in Kooperation mit der Feuerwehr zu einem persönlichen Gespräch bereit, um Ihnen die Dringlichkeit und weitere wichtige Gesichtspunkte zu erläutern.

Wie wollen Sie den 471.000 Menschen am Niederrhein heute und im kommenden Wahlkampf erklären, was oder was Sie eben nicht für die Region getan haben? Und warum für jeden einzelnen Offenburger Bürger 25.423 € für Lärmschutz aufgewendet wird, bei uns für jeden der 471.000 Betroffenen noch nicht einmal 424 € pro Bürger für minimalen Lärmschutz und Sicherheit bewilligt werden, sondern nur Null €? Ist das Länderfinanzausgleich von unten nach oben? Sind wir Bundesbürger 2. Klasse?

Mit freundlichen Grüßen



Gert Bork

Sprecher des Verbandes der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Zentraler Kontakt: Gert Bork Mühlenweg 78 46486 Wesel Telefon 0281 / 64355
Mail g.bork@t-online.de www.betuwe-niederrhein.de www.betuwe-gefahr.de